

### DDR-Vergangenheit und Erinnerungskultur

„Je größer das Tempo des technischen Fortschritts und der mit ihm verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen unserer sozialen Lebenswelten ist, desto bedeutsamer wird die Geschichte als ein Gegengewicht und als ein mögliches Korrektiv allzu zukunftsgläubiger Beschleunigungen. Die gesellschaftliche Bedeutung der Geschichte wird daher auf absehbare Zeit ... nicht ab-, sondern zunehmen.“ Mit diesen Worten verdeutlicht Reinhard Rürup vor der Enquête-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur“ einen Zusammenhang, der spätestens seit den 1980er Jahren europaweit zu einer „Gedächtniskonjunktur“ führte, die stets eng mit Debatten um das Selbstverständnis der jeweiligen Gesellschaft verbunden war.

In Deutschland hat sich der Begriff „Erinnerungskultur“ allerdings erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre etabliert. Ihm ist eine gewisse Unschärfe eigen, die auch daher rührt, dass die Erinnerung, deren Träger sowohl Personen wie Gruppen, Generationen und ganze Nationen sein können, in einem steten Spannungsverhältnis zu ihrem unverzichtbaren Pendant, zur Geschichte steht. „Die Erinnerung ist im Konkreten verwurzelt, im Raum, in der Geste, dem Bild und dem Objekt. Die Geschichte macht sich an zeitlichen Kontinuitäten fest, an Entwicklungen und Beziehungen der Dinge miteinander. Die Erinnerung ist absolut, die Geschichte kennt nur das Relative.“ Erinnerung und Geschichtswissenschaft bedingen, bedürfen und befruchten einander – so etwa bei der Definition von Fixpunkten in der Vergangenheit, an denen die kulturelle Erinnerung haftet.

Solche Fixpunkte sind Gedenkfeiern und Gedenktage, aber auch z.B. symbolisch aufgeladene Gegenstände und Orte sowie Gedenkstätten an diesen Orten. Der Frage nach der Definition – und der geeigneten Infrastruktur und Finanzierung – solcher Fixpunkte, die zugleich Lernorte für kommende Generationen sind, kommt gerade seit der Vereinigung Deutschlands eine neue Bedeutung zu. Denn diese Fixpunkte der Erinnerungskultur sind zugleich konstitutiv für die Identität und die Verschränkung zwischen Vergangenheit und Zukunft Deutschlands als Nation. Weltkriege, Mord an den Juden, Flucht und Vertreibung sind dabei ebenso zu berücksichtigen wie etwa Weimarer Klassik und der Deutsche Idealismus – allerdings ist keine Epoche, kein Aspekt gegen einen anderen aufzuwiegen, sondern alle sind Teil der deutschen Geschichte. Wie die individuelle Erinnerung, stellt auch die Erinnerungskultur einer Gesellschaft kein überzeitliches Kontinuum dar, sondern ist steten Änderungen unterworfen, so dass unterschiedliche Segmente der Erinnerung zu verschiedenen Zeiten einen Zuwachs oder eine Abnahme von Aufmerksamkeit erfahren.

Die Empfehlungen der **Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“** sowie die sich hieran anschließende Debatte stehen exemplarisch für den öffentlichen Umgang mit Geschichte und Erinnerungskultur in Deutschland. Die im Mai 2005 berufene Kommission aus Fachwissenschaftlern, Ausstellungsmachern und Bürgerrechtlern hat nach rund einjähriger Arbeit ein Gesamtkonzept für einen „dezentral organisierten Geschichtsverbund zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unter besonderer Berücksichtigung von Widerstand und Opposition“ vorgelegt. Ziel der Empfehlung ist es, Perspektiven für die Weiterentwicklung sowie die verbesserte Profilierung und Zusammenarbeit der vorhandenen Institutionen aufzuzeigen. Dabei gelte es, den bereits erreichten hohen Standard der von Geschichtsforschung und gesellschaftlichen Initiativen betriebenen Aufarbeitung zu sichern und fortzuentwickeln. In diesem Zusammenhang werden explizit die (teils mit privater Hilfe erreichten) Verdienste bei der Sicherung, Archivierung und Öffnung der Quellen sowie die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit der zahlreichen Ausstellungen, Gedenkstätten, Archive, Dokumentationszentren und Foren angeführt, aber auch die Bedeutung der Arbeit der Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicher-

heit (BStU), der Enquetekommissionen des Bundestages und der Stiftung Aufarbeitung sowie der einschlägigen geschichtswissenschaftlichen Institute hervorgehoben.

Trotz aller Erfolge ließen sich jedoch schwerwiegende geschichtspolitische und erinnerungskulturelle Defizite im Umgang mit der DDR-Geschichte nicht übersehen. So bedürfe die immer noch zwischen Ost und West gespaltene Wahrnehmung der DDR-Geschichte ebenso einer Korrektur wie die rückläufige Thematisierung der DDR-Vergangenheit in der schulischen und universitären Bildung oder die zunehmende Trivialisierung und Verharmlosung des DDR-Systems. Die Kommission beklagt zudem das Fehlen einer gemeinsamen Planungsstrategie für die zukünftige institutionelle und thematische Auseinandersetzung sowie Finanzprobleme, mangelnde Professionalität und Vernetzung zahlreicher Einrichtungen. Für korrekturbedürftig wird schließlich auch die einseitige Betonung des Bereichs „staatliche Repression“ auf Kosten der Themenfelder Widerstand, Anpassung, Ideologie, Parteiherrschaft und Alltag in der Diktatur gehalten.

Die Vorschläge der Kommission zur Restrukturierung und Fortentwicklung der Aufarbeitungsaktivitäten orientieren sich an den Leitprinzipien **Offenheit und Pluralität, Dezentralität und Autonomie, Vernetzung und Effizienz sowie Professionalisierung und Perspektivenerweiterung**. Konkret empfiehlt die Kommission einen verbesserten Aktenzugang (durch möglichst zentrale Lagerung der Akten beim Bundesarchiv, einheitliche Zugangsregelungen und institutionelle Förderung der großen, mit den Sammlungen von Oppositions- und Widerstandszeugnissen befassten Vereine und Gesellschaften), eine größere Koordinierung der Einrichtungen der politischen Bildung sowie eine schrittweise Umstrukturierung der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit zu einem Dokumentations- und Forschungszentrum „Diktatur und Geheimpolizei“, das sich – unter Fortführung der Kernaufgabe Erschließung und Auswertung der Stasi-Unterlagen – der Erforschung und Vermittlung der Funktionsweise staatlicher Repressionsapparate in den sozialistischen Staaten des 20. Jahrhunderts in vergleichender Perspektive widmen soll. Im Zentrum der Empfehlungen steht jedoch der Vorschlag, **drei übergeordnete Kernthemen** der DDR-Aufarbeitung als „organisierende Strukturprinzipien“ für die Restrukturierung der Arbeit von Museen, Gedenkstätten, Bildungs- und Forschungsinstitutionen zu definieren, die in wechselseitiger Verschränkung und Ergänzung zu einem differenzierten und vielschichtigen Bild der SED-Diktatur beitragen können und denen jeweils eine impulsgebende und kompetenzsichernde (als Stiftung zu organisierende) Kerninstitution zuzuordnen ist. Als Schwerpunkte einer zukunftstauglichen DDR-Geschichtsbetrachtung werden festgelegt: 1) der Bereich „**Herrschaft, Gesellschaft, Widerstand**“ (mit einem von der Stiftung Aufarbeitung organisierten „Forum Aufarbeitung“ als Kerninstitution), 2) der Bereich „**Überwachung und Verfolgung**“ (mit einem aus BStU und den Gedenkstätten Hohenschönhausen und Normannenstraße zu entwickelnden Forschungs- und Dokumentationszentrum „Diktatur und Geheimpolizei“) sowie 3) der Bereich „**Teilung und Grenze**“ (mit der Kerninstitution Gedenkstätte Berliner Mauer).

In der Debatte über die Empfehlungen wurden neben grundsätzlichen Zweifeln an Kompetenz, Eignung, Uneigennützigkeit und politischer Neutralität der Kommissionsmitglieder auch Warnungen vor einer möglichen Zentralisierung des Gedenkens durch den vorgeschlagenen Zusammenschluss bislang unabhängiger Einrichtungen geäußert. Insbesondere die empfohlene Eingliederung der Gedenkstätten Hohenschönhausen und Normannenstraße unter das Dach der Birthler Behörde stieß auf heftige Kritik. Ebenfalls wurden Befürchtungen laut, die von der Kommission angemahnte stärkere Berücksichtigung des Alltagslebens in der Diktatur verstelle in unzulässiger Weise den Blick für andere zentrale Themen wie den Repressions- und Verfolgungsapparat, die Klassenjustiz oder die internationalen Wirkungszusammenhänge. Auch habe die Kommission zu wenig die Erfahrungen und Meinungen der Menschen in Ostdeutschland, die die SED-Diktatur noch selbst erlebt haben, einbezogen. Das Kommissionsmitglied F. Klier beanstandete schließlich in einem Sondervotum, dass die Chance verpasst worden sei, Empfehlungen für eine offensive Auseinandersetzung mit den immer noch bzw. wieder aktiven Verfechtern eines geschichtsrevisionistischen und legitimatorischen DDR-Geschichtsbilds zu geben. - Nachdem die Debatte anfänglich äußerst heftig geführt worden war, zeichnet sich inzwischen eine größere Versachlichung der Diskussion ab, die auch eine Annäherung der kontroversen Positionen erwarten lässt.

Materialien d. Enquête-Komm. Überwindung der Folgen der SED-Diktatur IV, Baden-Baden 1999; Christoph Cornelißen: „Was heißt Erinnerungskultur“. GWU 10/2003, S.548 – 563; Pierre Nora: **Les lieux de mémoire**, Bd I, Paris 1984 ; Etienne Francois/Hagen Schulze (Hrsg): **Deutsche Erinnerungsorte**, München 1992, Bd 1.; Empfehlungen der **Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“** vom 15. Mai 2006, Internet unter: [http://www.zeitgeschichte-online.de/zol/portals/rainbow/documents/pdf/expkom\\_votum.pdf](http://www.zeitgeschichte-online.de/zol/portals/rainbow/documents/pdf/expkom_votum.pdf) .